

OÖSTERREICHISCHE NATIONALBANK

GENERALRAT
POSTFACH 61
A-1011 WIEN
Nr. 310/1983/1

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	21-GE/1983
Datum:	18. AUG. 1983
Verteilt	1983-08-18 <i>frumen</i>

Dr. Bauer

An das

Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 W i e n

Betr.: Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Lohnpfändungsgesetz geändert wird.

Wir beziehen uns auf den uns vom Bundesministerium
für Justiz mit Zuschrift vom 11.7.1983, GZ. 12.006/42-I 5/83,
übermittelten Entwurf zu dem o.e. Gesetz und übersenden in
der Anlage 25 Kopien unserer u.e. an das Bundesministerium
für Justiz ergehenden Stellungnahme.

W i e n, 12. August 1983

Generalrat
der
Oesterreichischen Nationalbank

H. Holz

Meining

OESTERREICHISCHE NATIONALBANK

GENERALRAT
POSTFACH 61
A-1011 WIEN

Nr.310/1983/1

An das

Bundesministerium für Justiz
Abteilung I/5

Museumstraße 7
1016 W i e n

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Lohnpfändungsgesetz neuerlich geändert wird.

Wir beziehen uns auf die d.Zuschrift vom 11.7.1983,
GZ. 12.006/42-I 5/83, und erlauben uns, gegen Art.I Ziffer 3
der uns im Entwurf übermittelten Novelle zum Lohnpfändungs-
gesetz (neuer § 11 a des erwähnten Gesetzes) aus nachstehenden
Gründen Einwendungen erheben:

Die gemäß der vorerwähnten Bestimmung geplante Ver-
ordnungsermächtigung soll, wie den Erläuterungen zu entnehmen
ist, eine leichtere und raschere Anpassung der pfändungsge-
schützten Beträge an die Entwicklung der wirtschaftlichen Ver-
hältnisse ermöglichen. Da jedoch derzeit äußerst geringe Stei-
gerungsraten des Verbraucherpreisindex zu verzeichnen sind,
erscheint das Bedürfnis für eine derartige Ermächtigung zum
gegenwärtigen Zeitpunkt eher gering zu sein. Die Oesterrei-
chische Nationalbank, der durch das Nationalbankgesetz die
Aufgabe übertragen wurde, mit allen ihr zu Gebote stehenden
Mitteln dahin zu wirken, daß der Wert des österreichischen
Geldes in seiner Kaufkraft im Inland erhalten bleibt, muß
einen entschiedenen Einspruch gegen die Verordnungsermächti-
gung zur Valorisierung der im Lohnpfändungsgesetz enthaltenen
Betragsgrenzen erheben. Die erstmalige Einführung einer im ver-
einfachten administrativen Wege erfolgenden Valorisierungser-
mächtigung von Betragsgrenzen würde zwangsläufig auch auf

./2

OESTERREICHISCHE NATIONALBANK

Nr. 310/1983/1

- 2 -

sämtliche übrigen Verwaltungszweige übergreifen; dies würde nach den negativen Erfahrungen anderer Staaten mit einer solchen Entwicklung zu einer automatischen Valorisierung in allen und damit auch in den volkswirtschaftlich weit bedeutenderen Zweigen der Verwaltung führen und sich als eine Gefährdung der inneren Stabilität der österreichischen Währung auswirken.

Aus diesem Grunde muß die Oesterreichische Nationalbank im Interesse der Vermeidung einer solchen Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft darauf bestehen, daß die bisherige Methode der Anpassung der Wertgrenzen im Wege der Gesetzesänderung beibehalten wird und schlägt diesbezüglich vor, den Art.I Ziffer 3 des in Aussicht genommenen Bundesgesetzes (neuer § 11 a Lohnpfändungsgesetz) ersatzlos zu streichen.

W i e n , 12. August 1983

Generalrat
der
Oesterreichischen Nationalbank

